

Stand: 10.02.2026 14:01:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13085

"Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13085 vom 29.09.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14349 des VF vom 20.10.2016
3. Beschluss des Plenums 17/14552 vom 30.11.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 30.11.2016



Antrag

der Abgeordneten **Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD**

Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 1. September 2016 zu ziehen gedenkt, wonach die Bundesrepublik gegen die Menschenrechte verstoßen hat, indem einem heroinabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim über Jahre hinweg ein Drogenersatzstoff wie Methadon verwehrt wurde, was der EGMR als unmenschliche Behandlung bewertete.

In dem Bericht ist insbesondere auch darauf einzugehen,

- wie viele Gefangene in bayerischen Justizvollzugsanstalten zum Stichtag 1. September 2016 als opiatabhängig gelten,
- welche diagnostischen Verfahren dabei angewendet werden,
- nach welchen Kriterien entschieden wird, ob einem Gefangenen eine Substitutionsbehandlung gewährt wird und wer diese Entscheidung trifft,

- wie viele der diagnostizierten opiatabhängigen Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Substitutionsbehandlung erhalten,
- wie die anderen opiatabhängigen Gefangenen medizinisch versorgt werden,
- wie viele Ärzte und in welchen bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Basis- oder Konsiliargenehmigung zur Methadonsubstitution besitzen,
- wie der enorme Unterschied der Zahl der Substitutionsbehandlungen von Gefangenen in den einzelnen Bundesländern zu erklären ist,
- ob es eine Vorgabe des Staatsministeriums der Justiz an die Anstaltsleitungen gibt, auf Substitutionsbehandlungen möglichst vollständig zu verzichten und falls ja, welchen konkreten Inhalt und welchen rechtlichen Charakter diese Vorgabe hat.

Begründung:

Es ist bekannt, dass in bayerischen Justizvollzugsanstalten Drogenersatztherapien nur äußerst restriktiv angewandt werden, obwohl nach Schätzungen mindestens 800 Gefangene opiatabhängig sind. Ebenso ist bekannt, dass in den meisten Justizvollzugsanstalten Drogen verfügbar sind und dass der Handel mit Drogen in den Justizvollzugsanstalten die Sicherheit in den Justizvollzugsanstalten und die Gesundheit der Gefangenen massiv gefährdet.

Die Feststellung des EGMR, dass es eine unmenschliche Behandlung darstellt, wenn einem heroinabhängigen Gefangenen eine Substitution ohne Hinzuziehung unabhängiger medizinischer Experten verweigert wird, muss zu Konsequenzen in der bisherigen restiktiven Praxis führen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Drs. 17/13085**

**Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Ge-
richtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Der Eingangssatz erhält folgende Fassung:
„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 1. September 2016 zu ziehen gedenkt, wonach die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Substitutionsbehandlung eines heroinabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen hat.“
2. Im ersten Spiegelstrich werden die Wörter „1. September 2016“ durch die Wörter „31. März 2016“ ersetzt.

Berichterstatter:
Mitberichterstatterin:

Franz Schindler
Petra Guttenberger

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 20. Oktober 2016 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert SPD

Drs. 17/13085, 17/14349

Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Konsequenzen sie aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom 1. September 2016 zu ziehen gedenkt, wonach die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Substitutionsbehandlung eines heroinabhängigen Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim gegen Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen hat.

In dem Bericht ist insbesondere auch darauf einzugehen,

- wie viele Gefangene in bayerischen Justizvollzugsanstalten zum Stichtag 31. März 2016 als opiatabhängig gelten,
- welche diagnostischen Verfahren dabei angewendet werden,
- nach welchen Kriterien entschieden wird, ob einem Gefangenen eine Substitutionsbehandlung gewährt wird und wer diese Entscheidung trifft,
- wie viele der diagnostizierten opiatabhängigen Gefangenen in bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Substitutionsbehandlung erhalten,
- wie die anderen opiatabhängigen Gefangenen medizinisch versorgt werden,
- wie viele Ärzte und in welchen bayerischen Justizvollzugsanstalten eine Basis- oder Konsiliargenehmigung zur Methadonsubstitution besitzen,
- wie der enorme Unterschied der Zahl der Substitutionsbehandlungen von Gefangenen in den einzelnen Bundesländern zu erklären ist,
- ob es eine Vorgabe des Staatsministeriums der Justiz an die Anstaltsleitungen gibt, auf Substitutionsbehandlungen möglichst vollständig zu verzichten und falls ja, welchen konkreten Inhalt und welchen rechtlichen Charakter diese Vorgabe hat.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. November 2016 (Vf. 14-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. der Art. 9, 10, 11, 12 und 13 Abs. 1 Nr. 7 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland (AGGlüStV) vom 20. Dezember 2007 (GVBl. S. 922, BayRS 2187-3-I), das zuletzt durch § 1 Nr. 205 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist,
 2. des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Glücksspielstaatsvertrag – GlüStV) vom 30. Juni 2012 (GVBl. S. 318, 319, BayRS 2187-4-I)
- PII-G1310.16-0010
Drs. 17/14446 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Anträge sind unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sanierung und Ausbau der Staatsstraße 2404
Drs. 17/12170, 17/14429 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verstärkter Lärmschutz an der B 11 in Grafling
Drs. 17/12418, 17/14430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
„Investitionsprogramm für den Güterverkehr auf Deutschlands Schienen“
Drs. 17/12423, 17/14431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Schnittstellenprogramm Park & Ride / Bike & Ride neu auflegen
Drs. 17/12444, 17/14432 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Margit Wild,
Martina Fehlner u.a. SPD
Konzept für Museum der Bayerischen Geschichte
Drs. 17/12625, 17/14123 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Innovationsaktivitäten von Kleinen und Mittelständischen Unternehmen stärken
Drs. 17/12772, 17/14433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harald Güller,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Airbus Helicopters Donauwörth
Drs. 17/12982, 17/14443 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Vorleistung bei rechtskräftigen Schmerzensgeldansprüchen
für Angestellte der Bayerischen Polizei
Drs. 17/12989, 17/14408 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Förderprogramme Bayern I – Bekanntheit verbessern
Drs. 17/12991, 17/14434 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Förderprogramme Bayern II – Zugang vereinfachen
Drs. 17/12992, 17/14436 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Förderprogramme Bayern III – Regelmäßiges Monitoring
Drs. 17/12993, 17/14437

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Stromverbrauch in Bayern
Drs. 17/12994, 17/14439 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Meister-BAföG – Zahl der Geförderten und Fördervolumen rückläufig
Drs. 17/12995, 17/14440 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Den Geist des Grundgesetzes umsetzen, Demokratie stärken,
bundesweite Volksentscheide aktivieren.
Drs. 17/13014, 17/14351 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. SPD
Keinen Betrug beim Mindestlohn zulassen
Drs. 17/13029, 17/14449 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Bericht zu freiwilligen Kooperationen zwischen Landwirten und Wasserversorgern zum Zweck besonders grundwasserschonender Bewirtschaftungsformen
Drs. 17/13031, 17/14339 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehrweg besser fördern
Drs. 17/13070, 17/14340 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einstufung der B 85 zwischen Anschlussstelle Neudrossenfeld und Bayreuth anhand aktueller Zahlen überprüfen
Drs. 17/13084, 17/14445 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	

20. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 1. September 2016
Drs. 17/13085, 17/14349 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ

21. Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Besitz, Handel und Verwendung von Tierfallen in Bayern sowie Verstöße gegen den Tier- und Artenschutz durch den illegalen Einsatz von Tierfallen
Drs. 17/13111, 17/14341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

22. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. SPD
Ausweitung des Wasserschutzgebietes in der Marktgemeinde Uehlfeld
Drs. 17/13113, 17/14342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein,
Florian von Brunn u.a. SPD
Tätigkeitsbericht des Bayerischen Tierschutzbeirats
Drs. 17/13188, 17/14343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
Airbus Helicopters Donauwörth
Drs. 17/13218, 17/14442 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH